



## China – Report

Juni 2022

### 1) Impfversicherung für impfwillige Senioren

Bisher haben sich vor allem **ältere Menschen in China nicht gegen Covid-19 impfen lassen, da viele von ihnen das Risiko von Nebenwirkungen höher einschätzen als das eigentliche Ansteckungsrisiko. Doch das soll sich nun ändern und die Regierung will eine Versicherung anbieten, die bei Komplikationen eintreten soll.**

Einem Bericht der Financial Times zufolge, statten mehrere Städte im ganzen Land Bürger ab 60 Jahren mit einer **kostenlosen Versicherung** aus. Diese soll umgerechnet bis zu 75.000 US-Dollar Behandlungskosten abdecken, sollten infolge von Covid-19-Impfungen Krankheiten auftreten. Eingeschlossen sind auch die Angehörigen der Senioren, wenn nachgewiesen wird, dass diese durch Impfungen zu Tode kamen. Laut der [Financial Times](#) sollen sich in Peking seit April rund 60.000 Senioren für die Versicherung angemeldet haben.

US-Ökonomin Nancy Qian erklärt: Ein Grund für die niedrige Impfquote ist, dass sich die chinesische Bevölkerung in den letzten zwei Jahren einfach an die niedrigen COVID-19-Infektionsraten gewöhnt hat. Jetzt, wo die Omikron-Welle zuschlägt, dürfte das höhere Risiko ungeimpft zu sein, die Impfquote bei älteren Menschen etwas erhöhen.

Zudem hat die Regierung laut Qian nur [sehr wenige Daten](#) über Impfstoffversuche veröffentlicht und jegliche Diskussion über [Nebenwirkungen](#) zensiert – selbst über gewöhnliche, geringfügige Nebenwirkungen wie Wundschmerzen nach der Injektion. Die chinesischen Behörden folgen der Maxime, dass Informationen über kontroverse Themen [zurückgehalten werden sollten](#), um zu verhindern, dass Meinungen geäußert werden, die den Zielen der Regierung zuwiderlaufen.

Diese Strategie hat sich als kontraproduktiv erwiesen, denn sie schafft ein Informationsvakuum, das nur durch Gerüchte, Spekulationen und Verschwörungstheorien gefüllt werden kann. Das derzeitige Scheitern steht in krassem Gegensatz zu Chinas früheren Erfolgen bei der Entscheidungsfindung in gesundheitspolitischen Fragen. Nach dem [Ausbruch von SARS in den Jahren 2002 bis 2004](#) ließ China eine konstruktive Debatte über die Probleme in seinem Gesundheitssystem zu. Wie viele [bemerkten](#), hatten damals über 80 % der Landbewohner und 40 % der Stadtbewohner keinerlei Krankenversicherung. Das hat sich weitgehend geändert, sodass mittlerweile rund 95 Prozent der Bevölkerung eine Basis-Krankenversicherung haben.

Gerade bei älteren Menschen kann eine Covid-Infektion tödlich verlaufen, sodass die Null-Covid-Politik der Regierung nicht müde wird, den Schutz der alten Menschen als Grund für die Strategie zu nennen. Rund 100 Millionen Chinesen, so schätzen Experten, sind noch nicht vollständig oder gar nicht gegen Corona geimpft. Noch Anfang Mai lag die Zahl der Menschen über 60, die eine Booster-Impfung erhalten hatten bei gerade einmal 60 Prozent. Laut WHO sollte bei 80 Prozent der Gesamtbevölkerung eine dritte Impfung vorliegen, damit von einer Herdenimmunität ausgegangen werden kann.



## China – Report

Juni 2022

---

### 2) Chinesischer Staatsrat plant Verlängerung der Steuerbefreiung für Elektroautos zur Unterstützung der Industrie

Die chinesische Staatsführung erwägt, den [Kauf von Elektroautos noch länger als bislang geplant von der Umsatzsteuer zu befreien](#). Der Staatsrat, das Kabinett der Regierung der Volksrepublik, möchte mit diesem Schritt Interessenten den Kauf von Elektroautos schmackhaft machen und der heimischen Industrie für E-Autos einen weiteren Schub verleihen.

Eigentlich hätte die seit 2014 geltende Aussetzung der Umsatzsteuer von regulär 10 Prozent beim Kauf von E-Autos Ende dieses Jahres auslaufen sollen. Nach einem Treffen von Premierminister Li Keqiang mit seinen Kollegen im Staatsrat berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua aber, dass die Steuerbefreiung auch im Jahr 2023 gelten könnte. Mit der Steuerbefreiung hofft der Staatsrat auf zusätzliche Autokäufe in Höhe von 200 Milliarden Yuan.

Mit den Subventionen soll insbesondere die in China produzierende E-Autoindustrie gestützt werden. In China, dem größten Automarkt der Welt, stiegen die Verkäufe für Neue-Energien-Autos (NEV), also Elektro- und Hybridautos sowie in geringem Umfang Wasserstofffahrzeuge, in 2021 um 168 Prozent an und sollen in diesem Jahr die Marke von 5,5 Millionen Fahrzeugen erreichen. Dabei haben auch in China die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie durchgesetzten Lockdowns zu Produktionsstopps geführt. Allein im April habe die geplante Produktion von einer Million E-Autos nicht stattfinden können, berichtet die South China Morning Post. Bis zum Juli könne die Produktion jedoch wieder vollständig hochgefahren werden. Subventionen wie die Aussetzung der Umsatzsteuer sollen für zusätzlichen Schwung sorgen.

Zwar liegt noch keine offizielle Entscheidung des Staatsrats vor. Allein die vorläufigen Berichte ließen die Aktien der E-Autohersteller in China aber deutlich in die Höhe schnellen. X-Peng profitierte von den Nachrichten am meisten. Die Aktien des Unternehmens stiegen binnen eines Handelstages um 9,8 Prozent, gefolgt von Li Auto mit 9,4 Prozent und Nio mit einem Plus von 5,0 Prozent.

### 3) Absage der Bundesregierung an VW für Garantien in China

Zum ersten Mal hat die Bundesregierung Bürgschaften für Investitionen eines deutschen Unternehmens in China verweigert. Begründet wurde die Absage mit der Menschenrechtslage in Xinjiang.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bestätigt dies ohne Namen zu nennen. Habeck [sagte](#) der „Welt am Sonntag“, die Bundesregierung werde weiter im Einzelfall entscheiden. „Aber die Leitlinie, die mein Ministerium schon zum Ende der letzten Legislaturperiode entwickelt hat, ist: Wir können angesichts von Zwangsarbeit und Misshandlung der Uiguren keine Projekte in der Region Xinjiang absichern.“

Klar ist, dass es sich um den Autobauer Volkswagen handelt, der in der Region Xinjiang ein Werk betreibt und sich damit angreifbar macht, an der Unterdrückung der uigurischen Minderheit in dem Gebiet mitzuwirken. So wird VW vorgeworfen, von den Zwangsarbeitslagern der chinesischen Regierung in der Region zu profitieren.



## China – Report

Juni 2022

---

Zuletzt hatte ein Konsortium von internationalen Medien, zu denen auch die SZ gehörte, Details über die Lage in den Lagern in Xinjiang enthüllt.

Für VW kommt der Bericht mit den teils verstörenden Bildern von Gefangenen aus den sogenannten „Umerziehungslagern“ zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt. Derzeit leidet VW's Absatz in China nicht nur aufgrund der harten Lockdowns wie zuletzt in Shanghai – es fehlt auch an Innovationen, die speziell auf die chinesische Kundschaft zugeschnitten sind.

VW erklärte, man habe Investitions Garantien nicht für Xinjiang beantragt, sondern für andere Standorte im Land. Eine Antwort aus Berlin gebe es bislang nicht. Doch die geplanten Investitionen in China will der Konzern laut eigenen Angaben trotzdem tätigen.

Bisher hatte der deutsche Staat Investitions Garantien in China unterstützt. Jedoch will die neue Ampelkoalition nun die Bedingungen für die Garantien verschärfen.

13 weitere Anträge für neue oder zu verlängernde Bürgschaften zur Absicherung in China waren zuletzt nach Angaben des Ministeriums positiv beschieden worden. Diese hätten keinen Bezug zur Autonomen Provinz Xinjiang gehabt, heißt es, „weder über direkte Tätigkeiten dort noch über Geschäftsbeziehungen zu dort operierenden Entitäten“.

### 4) Analyse: Großes Potenzial für Generika-Produktion in China

Im Mai konnte das chinesische Pharmaunternehmen Hengrui die erfolgreiche Genehmigung zur Herstellung einer Iodixanol-Injektion auf Basis von Generika durch die US-Behörden verkünden. In einer [Analyse](#) des aktuellen Markts für Generika in China sieht die Zeitung Caixin Global dies als einen Indikator für eine teilweise Verschiebung von Pharma-Innovationen hin zur Produktion von lizenzierten Generika. Die Analyse prognostiziert ein großes Nachholpotenzial für die Herstellung von Generika in China.

In den zurückliegenden Jahren konzentrierten sich Staat und Investoren vor allem auf Forschung und Herstellung originärer Pharmaprodukte in China. Hengrui beispielsweise verkündete [noch 2019, alle Projekte für Generika zu stoppen](#) und sich ganz auf Innovation konzentrieren zu wollen.

Inzwischen allerdings ist der Hype um Pharma-Innovationen etwas abgeflacht. Zwar hat China einen riesigen und entwickelten Markt für Medikamente, doch beschränken die staatlich regulierten Einkaufsmodalitäten und niedrige Preislimits die verfügbaren Mittel für Forschung und Entwicklung neuer Medikamente. Die Herstellung von Generika verspricht daher inzwischen oftmals höhere Profite bei geringeren Investitionen.

Nach Jahren der Entwicklung sei der Markt für Generika in China nun reif, urteilt Caixin Global. Ein neues System zur Zertifizierung von Generika, mit dem getestet wird, ob das Medikament eine mit den Original-Medikamenten übereinstimmende Wirkung hat, legte die Grundlagen für den Markt. Mit der Einführung der National Medical Products Administration (NMPA) im Jahr 2018 erhielten die Unternehmen mehr Planungssicherheit, was letztlich auch der Beschäftigung in diesem Bereich zugute kam.



## China – Report

Juni 2022

---

Ein weiterer Vorteil sei die bereits erfolgte Konsolidierung der Unternehmen im Pharmabereich, so die Analyse. Während früher noch bis zu 50 Unternehmen in China ganz ähnliche Produkte unter heftigem Preiskampf anboten, konnten seit 2015 durch die Zusammenlegungen von Unternehmen erhebliche Kosten gespart werden.

Chancen sieht die Analyse auch in der Herstellung von Generika in China für den Export in andere Märkte. Während der Covid-Pandemie wurde mit dem Impfstoff von Sinovac der Export chinesischer Pharmaprodukte mit hohem Gewinn etabliert. Aktuell produziert Indien weltweit am meisten Generika, gleichzeitig ist China aber Indiens größter Lieferant für Rohstoffe und Produkte für die Medikamentenherstellung. Der Analyse zufolge hat China das Potenzial, die Rohstoffe und die Forschung für Generika im eigenen Land zu kombinieren und zu einem führenden Hersteller von Generika auch mit weltweitem Export zu werden.

### 5) USA und Taiwan schließen Handelsbündnis

Die Biden-Regierung schmiedet angesichts wachsender Spannungen mit China engere wirtschaftliche Beziehungen zu Taiwan. Das Büro des US-Handelsbeauftragten hat ein neues Abkommen mit Taipeh zur Förderung des bilateralen Handels in Bereichen wie digitalem Handel und erneuerbaren Energien vorgestellt. Die beiden Partner werden auch zusammenarbeiten, um nicht marktbezogene Praktiken und Richtlinien zu minimieren.

Unabhängig davon leitet US-Handelsministerin Gina Raimondo einen separaten Dialog mit Taiwan ein, um den Technologiehandel und verbundene Investitionen zu diskutieren. Sie verweist dabei auf die Bedeutung Taiwans als führender Anbieter von fortschrittlichen Halbleitern.

„Taiwan ist ein unglaublich wichtiger Partner für uns, insbesondere in Bezug auf Halbleiter“, sagte Raimondo gegenüber Reportern. „Wir freuen uns darauf, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Taiwan weiter zu vertiefen, und wir befinden uns in aktiven Gesprächen mit Taiwan.“ Laut dem Lieferkettenbericht des Weißen Hauses stammten im Jahr 2021 etwa 92 Prozent des weltweiten Angebots an fortschrittlichen Halbleitern von der Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. (TSMC).

„Stellen Sie sich vor, was mit den Vereinigten Staaten passieren würde, wenn Taiwan uns Halbleiter verweigern würde“, sagte Frau Raimondo während einer Podiumsdiskussion auf dem Weltwirtschaftsforum in der Schweiz. „Wir gehen davon aus, dass wir über 70 Prozent aller unserer fortschrittlichen Halbleiter aus Taiwan beziehen. Das ist eine unhaltbare, verwundbare Situation.“ US-Gesetzgeber diskutieren derzeit Gesetze zur Bereitstellung neuer Subventionen in Höhe von 52 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau der Halbleiterfertigung in den USA, um die Abhängigkeit von importierten Chips zu verringern.

Der Handelspakt des USTR mit Taiwan folgte dem Treffen der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai mit John Deng, Taiwans Minister ohne Ressort, der für den Handel zuständig ist. Im vergangenen Monat gab es ein Treffen in Bangkok, um Möglichkeiten zur Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Handelspartnern zu erörtern.



## China – Report

Juni 2022

---

Regierungsbeamte sagen, das jüngst enthüllte Abkommen zeige das Engagement der USA für die Stärkung der Beziehungen zu Taiwan.

### 6) Studie zu Effekten chinesischer Kreditvergabe auf die politischen Systeme von Entwicklungsländern

China ist ein wichtiger Player in der internationalen Entwicklungsfinanzierung und die Kreditsummen übersteigen inzwischen die Kredite von multilateralen Institutionen wie der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds. Weltweit schulden Staaten der Volksrepublik knapp 400 Milliarden US-Dollar.

Gleichzeitig unterscheiden sich die Kredite aus der Volksrepublik jedoch stark von anderen Kreditgebern. Erstens vergibt China seine Kredite typischerweise direkt, statt über multilaterale Institutionen und gegen höhere Zinszahlungen als beispielsweise die Weltbank. Zweitens überweist China das Geld meist nicht an Regierungen oder Unternehmen der Empfängerländer, sondern an chinesische, staatlich-kontrollierte Unternehmen, die wiederum im Auftrag des Kreditnehmerlandes vor Ort Infrastrukturprojekte umsetzen.

In diesem „geschlossenen Kreislauf“ erhalten chinesische Unternehmen durch die chinesische Regierung Aufträge, die über deren Kredite finanziert werden und für die Rechte oder Besitz an Infrastruktur oder Ressourcen im Land verpfändet werden. Diese Praxis wird von vielen Kreditnehmern kritisiert aber oft von deren Regierungen akzeptiert. Bislang war jedoch nur selten untersucht worden, welche Folgen die Kredite für das politische System in den Empfängerländern haben. Eine neu veröffentlichte [Studie](#) des Stanford Center on China's Economy and Institutions versucht, diese Lücke in der Forschung zu schließen.

Gregory Caskey hat für die Studie eine Sammlung von Daten zur Verschuldung von 104 Staaten gegenüber China analysiert, die von öffentlich zugänglichen Schulden-Datenbanken bis zu einzelnen Länderreports reicht, und vergleicht diese mit Veränderungen in den politischen Systemen der einzelnen Staaten. Insbesondere interessiert den Autor, welche Folgen die Aufnahme chinesischer Kredite für autoritäre oder demokratische Tendenzen in einzelnen Ländern hat.

Das Ergebnis der Studie ist zweideutig: Auf der einen Seite wechseln Länder nach Erhalt chinesischer Kredite kaum ihre politischen Systeme. Demokratische Systeme bleiben auch mit den Krediten aus China demokratisch und autoritäre Systeme autoritär. Als Folge der chinesischen Kredite wurden beide Systeme allerdings noch gestärkt. So wurde die Herrschaft in Autokratien noch absoluter, der Grad an Freiheit in Demokratien nahm weiter zu.

Darüber hinaus belegt Caskeys Analyse auch, dass diese Steigerung der politischen Ausrichtung besonders stark in Autokratien ist. Caskey schlussfolgert, dass die intransparente Kreditvergabe durch China bereits gefestigten Autokraten besonders in die Hände spielt, wenn dadurch politische Eliten im Land übermäßige Vorteile erlangen. In Demokratien wirkt dieser Mechanismus weniger, da die Ausübung von Macht durch die Vergabe von Vorteilen im Zusammenhang mit den Krediten hier stärker eingeschränkt ist.



## China – Report

Juni 2022

---

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

### Kontakt:

FIVV AG  
Herterichstraße 101  
Telefon +49 89 374100-0  
Telefax +49 89 374100-100  
[www.fivv.de](http://www.fivv.de)

### Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter [www.universal-investment.com](http://www.universal-investment.com) erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.